

9. Standesinitiative zum sofortigen Stopp der Sanktionen gegen Russland und zur sofortigen Wiederinkraftsetzung der immerwährenden Neutralität der Schweiz, gemäss dem Wienerkongress von 1815

Parlamentarische Initiative Urs Hans (parteilos, Turbenthal) vom 12. September 2022

KR-Nr. 318/2022

Urs Hans (parteilos, Turbenthal): Bei all den illegalen Kriegen der USA gab es noch nie Sanktionen durch die Schweiz. Der unverantwortliche Umgang unseres heutigen Bundesrates und des Bundesparlaments mit der schweizerischen Neutralität setzt die Bevölkerung der Schweiz und im Besonderen des Kantons Zürich einer eklatanten Gefahr für Leib und Leben aus. Russland akzeptiert die Schweiz bei der Erarbeitung einer neuen Verfassung in Syrien nicht mehr als Vermittler mit der Begründung fehlender Neutralität. Das Gesuch der Ukraine um eine konsularische Vertretung des Landes in Russland wurde ebenfalls abgelehnt. Die Begründung Russlands: Die Schweiz sei durch das Mittragen der westlichen Sanktionen zur Kriegspartei geworden. Auf gut Deutsch: Auch die Schweiz kann bei einer Eskalation zum Kriegsziel werden. Wer hat das Volk darüber aufgeklärt und befragt? Im Gegenteil, das Volk wird durch die einseitige Kriegshetze unserer staatlichen und privaten Massen-Mainstream-Medien einer permanenten Gedankenkontrolle unterzogen, was ebenfalls verfassungswidrig ist. Die täglich verlesenen Nachrichten über den angeblichen russischen Angriffskrieg und die notwendigen Sanktionen werden nicht von unseren Redaktionen verfasst, sondern stammen direkt aus der Propagandaküche des Pentagons und deren abhängigen Agenturen Reuters und AP (*Nachrichtenagenturen*). Bereits während der angeblichen Pandemie hat es niemanden gestört, dass der Chef von Reuters auch im Aufsichtsrat von Pfizer sitzt. Das feige Sich-anbinden an die NATO (*Nordatlantisches Verteidigungsbündnis*) und damit das Sich-unterstellen unter den atomaren Schutzschild der USA bringt nur Gefahren. Sollte es zu atomaren Schlägen kommen, so werden sie sich nur auf Europa beschränken. Die CIA (*US-Auslandgeheimdienst*) und damit die USA, welche den Krieg begonnen haben, werden niemals riskieren, russisches Gebiet anzugreifen, um selbst nicht getroffen zu werden. Victoria Nuland, US-Mitarbeiterin im Aussenministerium, sagte am 8. Februar 2014 auf dem Maidan in Kiew, die USA hätten nicht umsonst 5 Milliarden investiert, um die Regierung der Ukraine zu destabilisieren. Am 21. Februar 2014 wurde die sogenannte «Orange Revolution» zum Staatsstreich. Scharfschützen töteten Polizisten und Demonstranten. Präsident Wiktor Janukowytsch floh ins Ausland, der paramilitärische rechte Sektor trat hervor und der Beschuss der nach der Autonomie strebenden russischsprachigen Republiken Luhansk und Donezk hatte begonnen. Kinder und betagte Menschen wurden von Scharfschützen abgeschossen wie Fliegen. Ein ukrainischer Minister sagte damals: «Die Kinder im Donbas sollen in den Kellern aufwachsen.» Unser Bundes-

rat hat dazu geschwiegen. In den acht Jahren Krieg starben dort über 14'000 Einwohner. 2015 sagte der einflussreiche US-Geostratege George Friedman, es gelte Russland zu schwächen, wo es nur gehe, ohne einen offenen dritten Weltkrieg zu riskieren. Gemäss dieser Agenda wurde die NATO-Osterweiterung forciert. Die Ukraine wurde massiv aufgerüstet. 44 Biolabore zu Forschung und biologischen Kampfstoffen wurden installiert, mit Beteiligung des Sohnes des heutigen Präsidenten (*gemeint sind US-Präsident Joe Biden und sein Sohn Hunter Biden*). Am 12. Februar 2015 unterzeichnen François Hollande (*ehemaliger französischer Präsident*), Angela Merkel (*ehemalige deutsche Kanzlerin*), Petro Poroschenko (*ehemaliger ukrainischer Präsident*) und Wladimir Putin (*russischer Präsident*) das zweite Minsker Abkommen. Dieses verlangte Autonomie für die abtrünnigen Republiken und die Respektierung der russischen Kultur innerhalb der Ukraine. 2016 versprach Senator John McCain in Kiew hohen Militärs, die Ukraine würde alles Notwendige erhalten, um gegen Putin zu gewinnen. Frieden war nie das Ziel in der USA. Bei seiner Wahl zum Präsidenten versprach Wolodimir Selenski Frieden für den Donbas. Das Minsker Abkommen hat er allerdings nie umgesetzt, nachdem ihm die Anführer verschiedener Nazi-Bataillone angedroht hatten, sie würden ihn in Kiew aufhängen, falls er das tue. Hätte die Ukraine das Minsker Abkommen respektiert, gäbe es keinen Krieg. Stattdessen hat der korrupte Präsident dafür gesorgt, dass die Gentech-Multi Monsanto, Cargill, Black Rock, Vanguard (*letztere beide US-amerikanische Investment-Gesellschaften*) für 17 Milliarden in der Südukraine so viel bestes Landwirtschaftsland kaufen konnten, wie Italien insgesamt hat. Die heutige Ukraine ist auf Platz 222 des Korruptionsindex weltweit. Oppositionsparteien sind verboten und die Presse ist zensiert. Während dem die europäischen Politiker vorgeben, die Demokratie in der Ukraine zu retten, bauen sie mit ihren totalitären Massnahmen die eigenen Demokratien ab. Der ukrainische Botschafter in Kasachstan sagte kürzlich, man müsse möglichst viele Russen töten, sonst müssten dies ihre Kinder tun. Rassentheorie in Reinkultur. Er wurde ausgewiesen. Auch Deutschland hat wirtschaftliche Interessen in der Ukraine, Monsanto gehört nämlich dem deutschen Bayer Konzern. Die jungen Ukrainer werden also heute für Monsanto und nicht für ihr Mutterland zu Kanonenfutter.

Die grüne deutsche Aussenministerin und Young-Global-Leaderin, Anhängerin von WEF-Gründer (*World Economic Forum*) Klaus Schwab, Annalena Baerbock, sagte kürzlich in Prag, Deutschland werde die Ukraine unterstützen bis zum Endsieg, egal, was die deutsche Bevölkerung davon halten würde, und schickt Panzer. Wer diesen Winter in Europa friert, friert für die USA und nicht für die Ukraine. Wer glaubt, dass die russischstämmige Bevölkerung im Donbas je wieder Teil der Ukraine werden will, hat nichts begriffen. Das Einzige, was helfen würde, den Krieg zu beenden, wären faire Verhandlungen mit allen Beteiligten unter Vermittlung neutraler Staaten. Die Schweiz und Schweden können wir dabei vergessen, alles läuft heute nach der Agenda der USA. Jacques Baud, pensionierter Oberst der Schweizer Armee, Analyst im Strategischen Nachrichtendienst, mit Einsätzen für die OSZE (*Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa*) kennt den russischen Generalstab, hat auch für die NATO gearbeitet, sagte in einem

Interview: «Das Vorgehen der USA in der Ukraine war und ist pervers, und die Schweizer Elite macht bei dieser Inszenierung gewissenlos mit. Mit der Annäherung der Schweiz an die NATO wird sie zu einem Satellitenstaat der USA in einem Stellvertreterkonflikt gegen Russland.»

«Der Kanton Zürich verlangt die sofortige Änderung der Schweizer Aussenpolitik durch unseren Bundesrat und das Bundesparlament und die sofortige Respektierung der immerwährenden Neutralität», das wäre mein Wunsch. Euer Wunsch ist das offenbar nicht, ihr wollt einfach mitlaufen – wie bei anderen Gelegenheiten. Eine Studie der Rand Corporation, einem amerikanischen Strategie-Thinktank aus 2019 besagte: Der beste Weg, Russland zu zerstückeln, bestehe darin, auf die Ukraine loszugehen. Eine eben fertiggestellte Studie derselben Strategie-Factory sagt aus, dass die USA aus der Ukraine heraus müssen, und zwar sofort. Scott Ritter, ehemaliger US-Geheimdienstoffizier und Waffeninspektor sagt aus: Die Ukraine ist den USA, der NATO und der EU vollkommen egal. Es geht nur um Regime-Change in Russland, nichts von Wertegemeinschaft, Demokratie und anderen Phrasen von Annalena Baerbock, der dümmsten Aussenministerin seit Menschengedenken, welche deutsche Panzer in Richtung Stalingrad schickt... (*Die Ratspräsidentin unterbricht den Votanten.*)

Ratspräsidentin Esther Guyer: Urs Hans, mässigen Sie sich, bitte!

Urs Hans fährt fort: Ich bin schon daran. Alle wüssten, dass die Ukraine verlieren wird. Bereits 300'000 Ukrainer sind getötet worden. Bis in sechs Monaten werde Russland siegen und weitere 300'000 Ukrainer würden geopfert – für nichts und wieder nichts. Ritter sagt: Es ist unmoralisch, weiter Waffen zu liefern. Wir haben gerade den effizientesten Mobilisierungsprozess in Russland geschafft, den die Welt je gesehen hat. Harvard-Professor Kenneth Rogoff sagte am WEF, bei den Wirtschaftssanktionen gehe es darum, dass die Kosten der militärischen Intervention so hoch gemacht werden sollen, dass sich das russische Volk erhebt und gegen Putin vorgeht. Doch nun stellt er fest: Das ist gescheitert. Putin ist stärker als je zuvor. Seymour Hersh, der amerikanische Investigativjournalist, welcher bereits das Mi Lay-Massaker an Frauen und Kindern in Vietnam bekannt machte und über die Brutkastenlüge von Kuwait geschrieben hatte, hat nun aufgedeckt, worüber die Mainstream-Medien nicht berichten durften. Er hat beschrieben, wie US-Präsident Joe Biden den Terroranschlag auf die Nord Stream 2 (*Erdgasleitung durch die Ostsee*) plante und ausführen liess. Während eines See-Manövers der NATO platzierten US-Spezialeinheiten mehrere Sprengsätze im Voraus. Um diese zu aktivieren, setzte ein norwegisches Flugzeug zur gewünschten Zeit an der richtigen Stelle eine Boje ab mit der notwendigen Elektronik, und die Amis drückten den Knopf. In der Folge versuchten unser Mainstream-Journalisten tatsächlich, die ganze Schweinerei Putin in die Schuhe zu schieben. Die Deutschen bezahlen den Amerikanern jetzt dreimal so viel für ihr Gas, und unser Bundesrat erklärt dem hörigen Volk, es dürfe nicht mehr so lange duschen. Mit der Aufgabe der Neutralität macht sich die Schweiz zum Komplizen von Schurkenstaaten und

Terroristen. Anlässlich des Massakers auf den Maidan in Kiew im Februar 2014 verlangte die CIA mindestens 100 Tote ... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Valentin Landmann (SVP, Zürich): Die Intention des Initianten, dass die Schweiz zur umfassenden Neutralität zurückkehren sollte, ist an sich aus meiner Sicht richtig und auch wichtig. Die umfassende Neutralität war ein Kennzeichen der Schweiz seit über 200 Jahren und hat die Schweiz während über 200 Jahren aus allen europäischen und auch über Europa hinausgehenden internationalen Kriegen herausgehalten. Artikel 1 der Neutralitätskonvention von 1908 besagt: Das Gebiet des neutralen Staates ist unantastbar. Dieser Schutz hat selbst im Ersten und Zweiten Weltkrieg funktioniert. Ihn jetzt preiszugeben, wäre ein sehr grosser Schaden für die Schweiz und, ob nun kurzfristig oder längerfristig, eine grosse potenziell tödliche Gefahr. Wirtschaftssanktionen der EU, welche die Schweiz übernommen hat, richten sich gegen Russland aufgrund des Krieges in der Ukraine. Eindeutig klar ist jedoch in den letzten Monaten geworden, eigentlich seit die Massnahmen aufgegleist wurden, dass die Massnahmen nicht das Land, auf das sie zielen, wirklich schädigen, sondern dass die Massnahmen Europa an den Rand des wirtschaftlichen Abgrunds bringen oder sogar in den Abgrund stossen. Nur aufgrund dieser Massnahmen hat Europa und damit auch die Schweiz eine Mangelsituation betreffend Erdgas und indirekt damit auch eine Mangelsituation Elektrizität, da viele Kraftwerke in Europa mit Erdgas funktionieren. Auch der weitergehende Boykott Europas gegenüber Russland in Rohstoffen hat nur Europa getroffen. Russland ist wirtschaftlich sozusagen der grosse Profiteur der Massnahmen, weil durch die Verknappung der Preis der Rohstoffe enorm steigt und auf dem Weltmarkt Russland mühelos die ganzen Rohstoffe, Gas, Öl, auch Gold et cetera absetzen kann. Gerade der Wirtschaftskanton Zürich, der auch ein sehr Bevölkerungsreicher Kanton ist, leidet natürlich unter den Auswirkungen der genannten nicht mehr vorhandenen Neutralität und den Auswirkungen insbesondere der Massnahmen.

Für die Schweiz ist im Übrigen auch sehr bedeutsam, dass die Schweiz nicht mehr als Friedensvermittler und Friedensstifter infrage kommt und auch nicht mehr über Waffenstillstand und Frieden mit den Parteien verhandeln kann. Die Schweiz hätte gerade jetzt Grosses für Waffenstillstand und Frieden leisten können, indem sie zwischen den Parteien gute Dienste verrichtet und zunächst Waffenstillstandsverhandlungen und dann schliesslich Friedensverhandlungen aufgleisen würde. Die Wahrscheinlichkeit, dass das zum Erfolg führen könnte, besteht durchaus, sicher sagen kann man das natürlich nicht.

Nun ist es aber so, dass Antrag und Begründung in einem Vorstoss ein Ganzes bilden. Die Begründung, vor allem die schriftliche Begründung von Urs Hans ist jedoch seltsam und teilweise auch etwas absurd, sodass unsere Fraktion diesen Vorstoss leider nicht unterstützen kann, obwohl die Stossrichtung begrüssenswert wäre. Wir werden deshalb diesen Vorstoss ablehnen müssen. Für Urs Hans, den ich für seinen Vorstoss durchaus schätze, möchte ich eine Alternative vorschlagen: Bitte unterschreib doch die Neutralitätsinitiative. Ich bin Mitglied des Initiativkomitees. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Für die vorläufige Unterstützung einer parlamentarischen Initiative braucht es mindestens 60 Stimmen.

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 318/2022 stimmt ein Ratsmitglied. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen nicht erreicht. Die Initiative ist abgelehnt.

Das Geschäft ist erledigt.